Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung
Nichtöffentlich zu Punkt 8 (neu)

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

10. Sitzung
19. September 2022

Beginn: 09.05 Uhr
Schluss: 11.12 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Gollaleh Ahmadi (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport wird durch Herrn Staatssekretär Akmann (SenInnDS) vertreten. Ferner sind Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) sowie Herr Landesbranddirektor Dr. Homrighausen (Berliner Feuerwehr) anwesend.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Sie stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende gestattet im Einvernehmen mit dem Ausschuss den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 28. Januar 2022 (Hausordnung).

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung gemäß der 1. Mitteilung zur Einladung vom 9. September 2022 und der 2. Mitteilung zur Einladung vom 16. September 2022 um die Punkte

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Senior*innensicherheit – Präventionsarbeit der Berliner Polizei** (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0049 InnSichO

sowie

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0050
Vorbereitung der Polizei Berlin für Blackout-Situationen im kommenden Herbst und Winter InnSichO
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

zu ergänzen und den Vorgang 0049 als Punkt 2 (neu) sowie den Vorgang 0050 als Punkt 3 (neu) zu behandeln. Die Punkte 2 bis 7 (alt) werden zu Punkt 4 bis 9 (neu).

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS) und Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) beantworten folgende vorab schriftlich eingereichte Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke:

„In einem in den sozialen Medien veröffentlichten Video ist zu sehen, wie ein Polizeibeamter der Berliner Polizei bei einem Einsatz in einer Privatwohnung mehrfach und bedrohend ausländerfeindliche Aussagen getätigt hat. Der Polizist greift eine migrantische Frau verbal an, sie sei in „seinem Land“ ein „Gast“ – wie bewertet die Innenverwaltung ein solches Verhalten durch Polizeikräfte und distanziert sie sich davon?“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

„Rassismus beim Polizeieinsatz in Alt-Hohenschönhausen: Trifft es zu, dass mindestens einer der beiden beteiligten Polizisten bereits zuvor wegen dienstrechtlicher Verfehlungen aufgefallen war und welche Konsequenzen werden daraus gezogen?“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS) und Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) beantworten folgende vorab schriftlich eingereichte Frage der Fraktion der CDU:

„Seit Jahresanfang verbietet die Tierschutz-Hundeverordnung des Bundes, bei Ausbildung, Erziehung oder Training von Hunden Stachelhalsbänder zu verwenden. Wie hat sich dies bei der Berliner Polizei ausgewirkt und wie viele Diensthunde stehen jetzt noch zur Verfügung, um mutmaßliche Straftäter oder Personen stellen zu können, von denen Gefahren ausgehen?“

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, die vorab schriftlich eingereichte Frage der Fraktion der FDP unter Punkt 3 (neu) zu behandeln:

„Wie gut sind Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz mit ihrem Einsatzkonzept auf den Energie-Ernstfall bei Strom und Gas vorbereitet?“

Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS)) beantwortet folgende vorab schriftlich eingereichte Frage der Fraktion der SPD:

> „Welche Lösung wurde für die Berliner Combo des Landespolizeiorchesters Berlin-Brandenburg in Anbetracht der Stellensituation gefunden?“

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Senior*innensicherheit – Präventionsarbeit der Berliner Polizei** (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0049 InnSichO

Frau Abg. Atli (SPD) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS) nimmt einleitend Stellung.

Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) sagt zu, Informationen zur Anzahl von teilnehmenden Personen im höheren Alter an Veranstaltungen der Präventionsarbeit sowie diesbezügliche mehrsprachige Angebote schriftlich nachzureichen.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS) gemeinsam mit Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, wird Punkt 2 (neu) der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Vorbereitung der Polizei Berlin für Blackout-Situationen im kommenden Herbst und Winter** (auf Antrag der Fraktion der CDU)	0050 InnSichO

Gemäß der einvernehmlichen Verständigung wird das schriftlich eingereichte besondere Vorkommnis der Fraktion der FDP (s. Punkt 1) unter Punkt 3 (neu) behandelt.

Herr Abg. Balzer (CDU) begründet den Besprechungsbedarf für die Fraktion der CDU.

Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS) nimmt einleitend Stellung.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS) gemeinsam mit Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) und Herrn Landesbranddirektor Dr. Homrighausen (Berliner Feuerwehr) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, wird Punkt 3 (neu) der Tagesordnung vertagt.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU 0012
Drucksache 19/0165 InnSichO
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin – sichere Rechtsgrundlage für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern)

Der Ausschuss beschließt auf Antrag von Herrn Abg. Balzer (CDU) einvernehmlich, Punkt 4 (neu) der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion 0022
Drucksache 19/0218 InnSichO
Vakante Stadtratspositionen in den Bezirken Spandau, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf besetzen – Ein Einschreiten des Senats als Bezirksaufsicht ist notwendig!

Herr Abg. Woldeit (AfD) begründet den Antrag für seine Fraktion.

Herr Staatssekretär Akmann (SenInnDS) nimmt einleitend Stellung.

Der Ausschuss kommt auf Antrag von Herrn Abg. Woldeit (AfD) einvernehmlich überein, das im Antrag vorgesehene erstmalige Berichtsdatum auf „1. Oktober 2022“ zu ändern.

Nach der Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

> Der Antrag – Drucksache 19/0218 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „1. Oktober 2022“ abgelehnt.
>
> (mehrheitlich mit SPD, GRÜNE, CDU, LINKE und FDP gegen AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

a) Antrag der AfD-Fraktion 0023
Drucksache 19/0260 InnSichO
Kein erneuter „al-Quds-Marsch“ in Berlin

b) Antrag der Fraktion der FDP 0024
Drucksache 19/0264 InnSichO
„Al-Quds-Tag“ unterstützende Veranstaltungen in Berlin unterbinden

Der Ausschuss beschließt zu Punkt 6 a) (neu) und 6 b) (neu) wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 19/0260 – wird für erledigt erklärt.

(einstimmig mit AfD und einer Stimme CDU bei Enthaltung SPD, GRÜNE, zwei Stimmen CDU, LINKE und FDP)

Der Antrag – Drucksache 19/0264 – wird für erledigt erklärt.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Es ergehen entsprechende Beschlussempfehlungen an das Plenum.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU 0033
Drucksache 19/0294 InnSichO
Bodycams zum Schutz von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Dritten nicht befristet, sondern dauerhaft! Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Der Ausschuss beschließt auf Antrag von Herrn Abg. Balzer (CDU) einvernehmlich, Punkt 7 (neu) der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Petition 0019
Eingabe von Herrn Sch. InnSichO
Kostenfreiheit für Praktika bei der Berliner Feuerwehr
Pet-Nr. 130/19
Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme

Der Punkt wird in nichtöffentlicher Sitzung behandelt (siehe nichtöffentliche Anlage 1).

Punkt 9 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (11.) Sitzung findet am 17. Oktober 2022 um 9.00 Uhr im Raum 311 statt.

Die Vorsitzende	Der Schriftführer
Gollaleh Ahmadi	Karsten Woldeit

Die nichtöffentlichen Anlagen werden nicht in die Datenbank aufgenommen!